

Deutschlandticket sichern – Mobilität bezahlbar halten

„Wenn der Bund es nicht bezahlt, dann muss es [das Deutschlandticket] fallen - ganz einfach“, so äußert sich Ministerpräsident Söder auf Nachfrage zum Deutschlandticket [1]. Aussagen wie diese und aktuelle Entwicklungen in der Politik geben Grund zur Sorge, dass das Deutschlandticket vor dem Aus steht. Dabei ist das Ticket eine absolute Erfolgsgeschichte, die zahlreichen Personen in Deutschland das Pendeln vergünstigt und die Mobilität vereinfacht hat. Günstige Mobilität, ermöglicht durch ein Deutschlandticket – und für Studierende insbesondere durch die ermäßigte Variante – schafft soziale Gerechtigkeit und ermöglicht insbesondere in Ballungsräumen Entlastung für Wohnraum, da die Anreise aus weiterer Entfernung bezahlbar wird.

Die Studierendenvertretungen aus Bund und Ländern fordern daher geschlossen eine Fortführung des Ermäßigungstickets und der grundsätzlichen Finanzierung des 49 €-Tickets: „Hierfür müssen Bund und Länder gleichermaßen ihren Anteil tragen. Hier darf nicht der schwarze Peter von einer Person zur anderen geschoben werden. Bei der Einführung haben die Oppositionsparteien insbesondere kritisiert, dass keine langfristige Finanzierung geklärt wäre, das Ticket als solches aber begrüßt.“ An die damaligen Forderungen müssen die Parteien nun anknüpfen und sich nun eine tragfähige Lösung überlegen[2]. Regionalisierungsmittel des Bundes müssen auch künftig für die Tickets und ihre Ermäßigung genutzt werden können, ebenso wie der vom Bund getragene Anteil weiterhin gesichert werden muss. Aber auch die Länder müssen ihren Anteil tragen und das Ticket unterstützen. Bisher von den Ländern unterstützte Semestertickets wurden oftmals durch das Ermäßigungsticket ersetzt, sodass bei Wegfall neue Kosten auf die Länder zukämen, wenn sie auch künftig attraktive Studienstandorte bleiben wollen.

„Allem voran braucht es nun Planungssicherheit. Die Verhandlungen für Semestertickets benötigen monatelangen Vorlauf – das Ticket also innerhalb weniger Tage ohne Perspektive in Frage zu stellen, darf also keine Option sein. An vielen Standorten würde ein kurzfristiger Wegfall zu einem vollständigen Wegfall studentischer Mobilität führen. Ebenso muss auf lokale Bedürfnisse Rücksicht genommen werden, sodass die unterschiedlichen Länder für die Studierenden passende Lösungen finden können“, so die Studierendenvertreter*innen. Es muss eine langfristige Perspektive für ein bezahlbares Ticket geschaffen werden – nicht nur für 2024 und 2025, sondern weit darüber hinaus.

„Ein solches Erfolgsmodell, das Kosten für Pendler*innen massiv gesenkt hat und den ÖPNV attraktiv macht, darf mit Blick auf soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Planungssicherheit nicht eingestellt werden. Wir erwarten, dass die Politik sich dieser Verantwortung stellt und eine tragfähige, langfristige Lösung entwickelt.“

[1] <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/soeder-deutschlandticket-100.html>

[2] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw11-de-regionalisierungsgesetz-936488>

